

Gegen Bürger, für Terroristen



VON CHRISTOF MOSER

Die Nachricht: Die laufenden Enthüllungen der «Panama Papers» legen seit Anfang Woche ein weltweites Netz von Briefkastenfirmen der Kanzlei Mossack Fonseca offen, das nicht

nur Steuerhinterziehung verbergen sollte, sondern auch der Finanzierung von organisierter Kriminalität, Krieg und Terror dient.

Der Kommentar: Nach jedem Terroranschlag in Europa überbieten sich Politiker mit Forderungen nach mehr Überwachungsmöglichkeiten. So auch nach den islamistischen Anschlägen in Brüssel vor drei Wochen. Da verlangten CVP-Sicherheitspolitiker – Originalzitat: «in Zeiten wie diesen» – umgehend mehr Kompetenzen für den Nachrichtendienst, um uns Bürgerinnen und Bürger noch besser überwachen zu können und Terroristen rechtzeitig zu identifizieren. Notfalls per Notrecht, also sofort. Und am besten lückenlos: Telefone, E-Mails, Chats, SMS und auch private Computer – mit Trojanern. Der öffentliche Raum wird bereits heute von über 21 000 Kameras überwacht. Weitere sind geplant: Ab 2017 wollen die SBB uns Fahrgäste laut «SonntagsZeitung» auch in Fernverkehrszügen filmen.

Wie anders die Reaktionen der Politik nach jedem neuen Daten-Leck, das tiefe Einblicke in das Schattenfinanzsystem der Briefkastenfirmen ermöglicht. Die jüngste Enthüllung, die erstmals die Finanzierung von Kriminalität, Krieg und Terror in grossem Stil über Offshore-Konstrukte belegt, ist noch keine Woche alt, da wiegelt Finanzminister Ueli Maurer bereits ab. Mehr Kontrolle des Offshore-Systems sei nicht nötig – Originalzitat: «Wer kriminelle Energie hat, findet so oder so immer eine Lücke.»

Wie absurd das doch ist: Für den Kampf gegen Terror soll immer mehr Steuergeld eingesetzt, immer mehr Überwachung ermöglicht werden. Gleichzeitig bleibt das Netzwerk der Steuerhinterzieher, das auch der Terrorfinanzierung dient, unbekämpft.

christof.moser@schweizamsonntag.ch
Twitter: @christof_moser

Entfremdung von der EU



VON PATRIK MÜLLER

Die Nachricht: Holland, Gründungsmitglied der EU, hat mit 61 Prozent Nein gesagt zum Abkommen mit der Ukraine. Im Juni stimmt Grossbritannien über den EU-Austritt ab.

Der Kommentar: Die ARD-«Tagesschau» kommentierte das Nein der Niederländer zum Ukraine-Vertrag ungewohnt scharf. Das Votum sei ein «Sieg der EU-Hasser», sagte der Brüssel-Korrespondent, «eine Katastrophe». Zum wiederholten Mal zeigt sich: Wo immer die Bürger ausnahmsweise mal über ein Thema abstimmen können, das die EU betrifft, gibt es ein Nein. Diesmal waren es die Holländer, letztes Jahr die Dänen (Justizabkommen) und die Griechen (Sparpaket). Neu ist das Phänomen nicht: Schon 2005 hatte Frankreich die europäische Verfassung abgelehnt. Seither ist das Misstrauen gegenüber der EU wegen der Schulden- und der Flüchtlingskrise noch gewachsen. Darum ist die Nervosität vor dem Brexit-Referendum in Grossbritannien gross.

Für die Schweiz, die gerade ihr Verhältnis zur EU neu auszusteuern versucht, heisst das zunächst zweierlei: Wir sind für Brüssel nicht das Hauptproblem. Und wir sind mit der EU-Skepsis keine Aussenseiter, sondern typische Europäer. Ex-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) sagte es kürzlich in dieser Zeitung unverblümt: Von einem Austritt Grossbritanniens aus der EU würde die Schweiz profitieren, sie könnte gemeinsam mit den Briten eine neue Art von Beziehung zur EU aushandeln.

Auf ein Auseinanderbrechen der EU zu hoffen, wäre aus Schweizer Sicht aber töricht. Eine funktionierende Union ist für die wirtschaftliche Prosperität und auch für unsere Sicherheit zentral. Die EU wird ihren schleichenden Zerfall nur stoppen können, wenn sie die Volksentscheide ernst nimmt und sich ihre Legitimität neu erarbeitet. Das wäre das Beste für die EU, deren Bürger und auch für die Schweiz.

patrik.mueller@schweizamsonntag.ch
Twitter @patrik_mueller



Silvan Wegmann zur Woche.

■ GASTBEITRAG VON DANIEL SCHWARZ*

Regieren ohne Linke

Wenn heute im Kanton Uri die SP den Kampf im zweiten Wahlgang um die beiden letzten Regierungsratsitze gegen die FDP und SVP verlieren sollte, dann wäre dies bereits das sechste Mal innerhalb von zehn Jahren, dass die SP aus einer Kantonsregierung geworfen wird. Damit wäre neu die gesamte Zentralschweiz ohne SP-Regierungsbeteiligung. Hinzu kommen die Kantone Glarus und Basel-Landschaft. In der Zuger und Baselbieter Regierung hält immerhin noch je ein Vertreter der Grünen das linke Fähnlein hoch.

Für ein Land wie die Schweiz, das sich so stark über das Machtteilungssystem Konkordanz definiert, ist dies eine dramatische Entwicklung. Zumal nicht nur durch und durch bürgerliche Kleinstkantone davon betroffen sind, sondern auch solche mit langjähriger, traditioneller SP-Regierungsbeteiligung. Was steckt dahinter?

Der Grund für das Versagen der SP in kantonalen Majorzwahlen liegt ironischerweise weniger bei der SP selbst als in den Veränderungen der Parteienstärken und den dadurch entfachten Kämpfen um Regierungssitze innerhalb des bürgerlichen Lagers. Gerade ländlich geprägte Kantone wurden bisher von CVP-FDP-Mehrheiten regiert. In diese Phalanx des bürgerlichen Zentrums stösst seit einigen Jahren vehement die SVP. Mit einem Machtverzicht zugunsten der SVP tun sich CVP und FDP indes schwer. Unter Druck gerät dadurch die Linke, die besonders in den zweiten Wahlgängen ins Hintertreffen gerät, da CVP und FDP vor allem damit beschäftigt sind, die eigene Überrepräsentation abzusichern. Um die wählerstarke SVP nicht vor den Kopf zu stossen, wird lieber der langjährige Sitz der linken Minderheit aufs Spiel gesetzt.

Konkordanz beruhte stets auf einer funktionierenden Absprache unter den Parteien. Sie sichert den einflussreichsten Gruppierungen die Teilhabe an der Regierung und wahrt die Chance auf permanente politische Mitgestaltung. Politische Aussenseiter – wie die Linke auf dem Lande oder die SVP in den Städten – sind in Majorzwahlen regelmässig auf den Goodwill anderer angewiesen. Die Konkordanz lebt somit vom «freiwilligen Proporz» der Mehrheit, die ihre Vormachtstellung nicht voll ausspielt, sondern einen Teil der Sitze an die Minderheitsvertreter abgibt. Im Falle der Linken funktioniert dies so lange, wie die Bürgerlichen unter sich einig sind. Bei grösseren Wählerverschiebungen brechen hingegen neue Verteilungskämpfe aus. Immer mehr Kantone gehen nun den Weg ohne SP-Beteiligung. Dies muss nicht von vornherein schlecht sein, sondern kann befreiend wirken und neue Optionen eröffnen in einem Land, das von den Gemeinden bis zum Bund den Konkordanzzwang über Gebühr beansprucht. Wegen ihrer

ausgebauten direkten Demokratie sei die Schweiz «zur Konkordanz verdammt», hat es der ehemalige Innerrhoder Regierungs- und Ständerat Carlo Schmid einmal formuliert. Ohne die Einbindung in die Regierung wäre jede grössere Partei mithilfe von Initiativen und Referenden in der Lage, die Politik zu blockieren, so das Standardargument. Was hier als alternativlos dargestellt wird, entbehrt jedoch eines belastbaren Beweises. Zumindest in kleineren und mittelgrossen Kantonen, wo der Organisationsgrad vieler Parteien schwach ist, dürften die notwendigen Ressourcen für eine solche durchaus aufwendige und teure Obstruktionspolitik fehlen. So ist denn auch in den Kantonen, die in den letzten Jahren zu rein bürgerlichen Regierungen übergegangen sind, nichts von einer linken Blockadepolitik mittels Referenden und Initiativen zu spüren.

Das Regieren ohne die SP ist für die Bürgerlichen auch aus einem anderen Grund fast risikolos. In herkömmlichen politischen Systemen wie etwa Deutschland oder Grossbritannien wird den Regierungsparteien, die zugleich die Parlamentsmehrheit stellen, die politische Verantwortung zugeschoben. Dass die Parteiverantwortlichen in den Kantonen mit rein bürgerlicher Regierung ihre Verantwortung in diesem Ausmass ebenfalls zu tragen haben, ist jedoch unwahrscheinlich. Dafür sorgt unser politisches System. Einerseits sind Regierung und Parlament unabhängig voneinander direkt vom Volk gewählt, wodurch sich im Parlament bei sachpolitischen Vorlagen andere Koalitionen ergeben können als in der Regierung. An den politischen Entscheidungen hat somit nicht einfach «die Regierung» schuld. Andererseits führt die direkte Majorzwahl von Regierungsmitgliedern dazu, dass die Verantwortlichkeit für schlechte Leistungsausweise einzelnen Departementen zugeschrieben und im äussersten Fall der dafür verantwortliche Regierungsrat abgewählt wird, anstatt das gesamte Regierungsteam inklusive die dahinter stehenden Parteien abzustrafen.

Ein Regieren ohne Linke ist in vielen Kantonen politisch möglich und für die Bürgerlichen mit weniger Risiken verbunden als gemeinhin angenommen. Ob damit die Politik insgesamt verbessert und der politischen Kultur im Land ein Gefallen getan wird, steht auf einem anderen Blatt.



* Daniel Schwarz ist Politikwissenschaftler und Mitbegründer der Online-Wahlhilfe «smartvote».

■ TWEETS DER WOCHE

«Sie diskutieren über Frauen, über Feminismus, über Erziehung. Die Männer unter sich. Warum. @SRF? @jonasprojer #srfarena ich schalt jetzt um»

In der Sendung «Arena» des SRF diskutierten ausschliesslich Männer über das Thema «Schweiz ohne Gott», was einige Twitter-vertreter so auch die Zuger Politikerin der Piraten, Jolanda Spiess (@JolandaSpiess).

«Für jede Frau, die sich in den SoMe über zu wenige Frauen in der #srfarena beklagt, sagen uns 10 angefragte Frauen ab. Wir bleiben dran!!!»

«Arena»-Moderator Jonas Projer (@jonasprojer) verteidigt sich.

«Trotz dem Genitiv placieren bisweilen Dutzende von Personen eine Foto ihrer Plastikgeräte in den sozialen Netzwerken @NZZ #Vademecum.»

Die NZZ-Redaktorin Katja Baigger (@toblerette) vereinigt Eigenheiten der NZZ-Schreibweise in einem Tweet. Vademecum heisst der sprachlich-technische Leitfaden der Redaktion.

«Art should never try to be popular. The public should try to make itself artistic.» Im Namen von Oscar Wilde (@Wit_of_Wilde) vertwittert jemand die besten Zitate des irischen Schriftstellers. In Bezug auf aktuelle Debatten um Kunst und Satire wirkt das Zitat aus dem Jahr 1895 hochaktuell.

«Ist man ein #Boehmermann ist es Kunst, ist man Rapper landet es auf dem Index. Fickt Euch Ihr Feuilleton Lutscher!!!»

Gar nicht einverstanden mit dem Kunst-Verständnis der Feuilleton-Redaktoren ist der Berliner Gangster-Rapper Bushido (@bushido). Er findet deutliche Worte, die in 100 Jahren wohl kaum mehr zitiert werden.